

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

20.2.1931 (No. 43)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. W. E. B.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konsumverfahren fällt der Fall der Zeitung verpaidet, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Zollenkung zur Unterfützung der Preisabbaunaktion

Der freiwirtschaftlich-nationale Gewerkschaftsring richtete an den Reichstag eine Eingabe, in der es u. a. heißt: „Die überhöhten Eingangszölle müssen die Lebenshaltung der breiten arbeitnehmenden Schichten besonders stark beeinflussen, wenn sie als Verteuerung notwendiger Ausgaben des Arbeitnehmerhaushalts auftreten. In erster Linie kämen in Betracht die Eingangszölle für lebenswichtige Nahrungsmittel, ferner die Zölle auf vielfach benötigte Verbrauchsgüter aus dem Kreis der Fertigwarenproduktion und die für den Schutz der heimischen Produktion nicht notwendigen Rohstoffzölle (Eisen). Beispielsweise ist in letzter Zeit mehrfach die Überlastung der deutschen Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft auf ungefähr 2 Milliarden Reichsmark geschätzt worden.“

Die jetzt gültigen Zollsätze, die mehrfach noch nach der vom Weltmarkt her kommenden Abwärtsbewegung der Preise erhöht worden sind, verursachen eine künstliche Verteuerung des inneren Preisniveaus, das die Lebenshaltungskosten der breiten Volksschichten, trotz Abbau ihrer Einkommen, hochhält. Damit tritt eine Differenz in den Lebenshaltungskosten zwischen Deutschland und anderen Ländern ein, die im Widerspruch steht zu den Bemühungen der Regierung auf Anpassung der gesamten innerwirtschaftlichen Verhältnisse an die Vorgänge in der Weltwirtschaft. Da es sich dabei um wichtige industrielle und agrarische Bedarfsstoffe handelt, die, wie oben gesagt, Gehalt und Lohn bestimmend beeinflussen, droht von einem Unüberbrückbaren der hohen Eingangszölle die Gefahr der Verjüngung der Preisabbaubewegung im Innern. Es ist deshalb notwendig, daß ein Abbau der Zölle erfolgt. Der Reichstag wolle deshalb beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf Grund des § 4 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 die Eingangszölle für zollpflichtige Waren, deren Inlandspreis in offensichtlichem Mißverhältnis zum Weltmarktpreis steht oder deren Preise seit dem 1. August 1930 nicht um mindestens 10 Prozent zurückgegangen sind, in dem erforderlichen Ausmaße mit sofortiger Wirkung zwecks Förderung der Preisabbaunaktion zu senken.“

### Dr. Wirth über die kommunistische Bewegung

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Reichsminister Dr. Wirth, er habe seit Jahren die kommunistische Bewegung sehr sorgfältig verfolgt. Er habe sich auch in die kommunistische Literatur vertieft. Auf Grund dieser Studien könne er sagen, daß es sich um mehr als um Arbeiterfragen handle. Es handle sich in Wahrheit um den Einbruch einer neuen Ideenwelt in das mitteleuropäische bürgerliche Kulturgebiet. Dieser Einbruch geschehe auf breiter Basis, mit allen Mitteln großer Propaganda. Es liege in der Struktur der gegenwärtigen Kräfte des bürgerlichen Europas, sich gegen diesen Einbruch und gegen diese Propaganda zu wehren. Ich habe immer Freidenker und Fortkämpfer großer neuer Ideen gelesen, aber es habe wohl noch nie ein Freidenkertum gegeben, was so frei vom Denken war, wie das kommunistische.

Der Minister betonte, daß er persönlich ein Gegner jeder Zensur sei. Es werde aber wohl kein Staatswesen geben, das den Film ganz ohne Kontrolle lassen werde. Der starke Wirkungsgrad des Films könne u. U. auch zur Staatsgefahr werden. Zur Frage der Nichtzulassung des sozialdemokratischen Films erklärte der Minister, daß es sich für ihn um die Frage handele, ob ein polemisch politischer Kampffilm überhaupt zugelassen sei. Ehe der Minister seine Zulassung ausspreche, müsse er sich vergewissern, daß er auch in der Lage sei, die Durchführung des Films in allen Orten des Reiches störungsfrei zu garantieren; ob bei der heutigen gespannten Lage eine solche Möglichkeit besteht, bleibe eine große Frage. Was den Remarque-Film betreffe, so halte er eine Änderung des Filmgesetzes dahin für notwendig, daß ein ausländischer Film im Inland auch so gezeigt werden müsse, wie er hergestellt wurde. Sicherlich hätten viel russische Filme die Filmprüfstelle passiert, die nur der Großzügigkeit der Urteile ihre Zulassung in Deutschland verdanken.

### Severing gegen die Nationalsozialisten

Wie das VöD-Büro meldet, hielt auf der Jahreskonferenz der Oberpräsidenten im preussischen Innenministerium Minister Severing eine große Rede, in der er erklärte, die politische Lage in Deutschland gebe keinen Anlaß zu Besorgnissen. Die Parole der Nationalsozialisten bei ihrem Einzug ins Parlament sei gewesen: „Wir greifen an“. Er habe den Eindruck, daß heute bei den Nationalsozialisten nur noch von Abwehr die Rede sei. Der Ausgang der Nationalsozialisten aus dem Reichstag sei ein Nummernschanz. Die Rechte des Volksgesetzgebens achte er hoch, aber es sei ein Übel, wenn ein Wehrverband wie der Stahlhelm im letzten Jahr der Legislaturperiode durch seinen Antrag auf Volksentscheid mindestens 1 1/2 Millionen Reichsmark Kosten für Staat und Gemeinden verursache, in einer Zeit, wo äußerste Sparsamkeit die Pflicht der öffentlichen Verwaltung sei. Der Minister ersuchte die Behörden und die staatlichen Organe, gegen den politischen Terror auf der Straße mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten.

Brünings Reise nach Wien. Wie im Wiener Parlament verlautet, soll Reichsminister Dr. Brüning und Reichsaussenminister Dr. Curtius für ihren Wiener Besuch am 3. März, vormittags, hier eintreffen.

### Letzte Nachrichten

#### Einige Arbeit im Reichstag

DD. Berlin, 20. Febr. (Tel.) Kurz vor Beginn der Plenarberatungen am Freitag traten einige Fraktionen zu Fraktionsbesprechungen zusammen, und zwar der Christlich-sozialen Volksdienst, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Bayerische Volkspartei. Der Vormittag war mit zahlreichen Ausschüßsitzungen ausgefüllt. Der Volkswirtschaftliche Ausschüß beschäftigte sich mit landwirtschaftlichen Kredit- und Zinsfragen, der Sozialpolitische Ausschüß mit der Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, der Rechtsausschüß mit Auslandsverträgen. Der Haushaltsausschüß legte die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichsministeriums fort. Auch an den Ausschüßsitzungen nahmen die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten nicht teil.

#### Der Kanzler leidet erkrankt

DNB. Berlin, 20. Febr. (Tel.) Die für heute vorgesehene Kabinettsitzung, in der die Erörterung der Agrarfrage fortgesetzt werden sollte, wird wegen einer leichten Unpäßlichkeit des Kanzlers nicht stattfinden.

#### „Groß-Mecklenburg“ will selbständig bleiben

DNB. Schwerin, 20. Febr. (Tel.) Im Mecklenburg-Schwerinerchen Landtag sprach Staatsminister Saad über den Etat des Landes Mecklenburg-Schwerin und kam dabei auch auf die Selbständigkeit der beiden Mecklenburg zu sprechen. Der Minister drückte dabei sein Bedauern darüber aus, daß in Mecklenburg-Strelitz Beitreibungen im Gange seien, die Selbständigkeit des Landes aufzugeben. Mecklenburg-Schwerin würde gern mit Strelitz zusammengehen, wenn es gläube, mit Mecklenburg-Schwerin vereint die augenblickliche Krise überwinden zu können. Für alle vielleicht kommenden staatsrechtlichen Veränderungen würde ein großes Mecklenburg von Reich bis Mecklenburg einen beachtlichen Faktor darstellen, als jeder Teil für sich allein. An Hand des Nachtragssetzes bewies der Minister im einzelnen die wirtschaftlichen Vorteile eines „Groß-Mecklenburg“.

#### Die Wahlen an der Universität Jena

DNB. Jena, 20. Febr. (Tel.) Die gestrigen Wahlen zum Allgemeinen Studenenausschuß (Alta) der thüringischen Landesuniversität Jena hatten folgendes Ergebnis: Es entfielen auf die vereinigten rechtsstehenden Studentenverbände 8 Sitze, während die republikanischen Studenten 2 Sitze erliefen. Bei den Wahlen im vorigen Jahre erhielten die Großdeutsche Liste 854 Stimmen (4 Sitze), die Nationalsozialisten 620 Stimmen (3), Nationale Studentinnen 87 (0), Deutscher Studentenverband (Republikaner) 294 (2) und die Liste Hochschularbeit 310 (2) Stimmen.

#### Das Schicksal der Hütte Ruhrort-Weidrich

DNB. Duisburg-Hamborn, 20. Febr. (Tel.) Zu der durch das gestrige Abstimmungsresultat bei der Hütte Ruhrort-Weidrich neu geschaffenen Lage erfahren wir, daß die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften auf heute vormittag nach Düsseldorf zu einer Besprechung eingeladen sind. Aber die Haltung der Stahlwerke verlautet, daß diese erst die Stellungnahme der Gewerkschaften und des Betriebsrates abwarten wollen, ehe sie die endgültige Zustimmung zu der Weiterführung des Betriebes geben, angeblich deshalb, weil von den Metallarbeiterverbänden bei einem 20prozentigen Lohnabzug mit einer Regreßklage gedroht wurde.

#### Für Ermäßigung der Auslandsposttarife in Europa

DNB. Paris, 20. Febr. (Tel.) Ein Ausschüß der Internationalen Handelskammer hat die Frage eines Europapostabkommens geprüft, um für den Postverkehr innerhalb der Länder Europas eine einheitliche Ermäßigung der Auslandsposttarife einzuführen. Der Ausschüß trat für eine Verschmelzung der in Europa bestehenden regionalen Abkommen über Postgebührenermäßigungen ein. Die internationale Handelskammer selbst wird jetzt die Frage der Einberufung einer europäischen Postkonferenz prüfen.

#### Wie lange wird das spanische Kabinett zusammengehalten?

DNB. Paris, 20. Febr. (Tel.) Wie Habas aus Madrid berichtet, war die Aussprache im Ministerrat über das Regierungsprogramm sehr langwierig, weil das Kabinett eine Einigung zwischen der grundsätzlichen Stellung der liberalen Minister und der der konservativen Minister herstellen mußte. Man verleihere, daß die Minister der beiden im Kabinett vertretenen Tendenzen mit der gefundenen Vergleichslösung vollkommen zufrieden seien. Die Stadtratswahlen würden am ersten Sonntag im März stattfinden, die Wahlen zu den Provinzialvertretungen Mitte Mai.

Das Defizit der französischen Eisenbahnen. Nach den Angaben des Ministers für öffentliche Arbeiten in einer gemeinsamen Sitzung der Kammerausschüsse für Finanzen und für öffentliche Arbeiten beläuft sich das Defizit der französischen Eisenbahngesellschaften Ende 1930 auf 143 Millionen Franken.

### Aufnahme von Schülern in die Höheren Schulen Badens

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts erneuerte im Amtsblatt vom 10. November 1930 (Nr. 28) die Bekanntmachung vom 4. Januar 1926 über die Aufnahme von Schülern in die unterste Klasse der Höheren Schulen und erweiterte sie durch nähere Bestimmungen über die Aufnahmeprüfung. Aus der neuen Bekanntmachung für Ortschulbehörden und Eltern ist beachtenswert:

1. Die Voransetzung zur Aufnahme. Die Aufnahme ist abhängig von einer Aufnahmeprüfung oder dem Zeugnis der Grundschule.
2. Die Zulassung zur Aufnahmeprüfung. Schulkinder, die in den beiden Zeugnissen des vierten Schuljahres einer öffentlichen Volksschule die Note „sehr gut“ oder „gut“ in der „Deutschen Sprache“ (Gesamtnote aus Lesen und Sprachlehre, Aufsatz, Rechtschreiben und Schönschreiben) und in „Rechnen“ haben, sind von der mündlichen und schriftlichen Aufnahmeprüfung befreit. Nicht befreit von der Aufnahmeprüfung sind demnach diejenigen Schüler, die schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule in eine Höhere Schule einzutreten wünschen, obgleich auch sie das vierte Schuljahr besucht oder im Ausnahmefall im Zeugnis des dritten Schuljahres in den Hauptfächern die Note „gut“ oder „sehr gut“ haben können. Da jedoch die besondere Leistungsfähigkeit dieser Kinder in jedem Einzelfall völlig einwandfrei erwiesen sein muß, ist es selbstverständlich, daß nicht auch sie von der Aufnahmeprüfung zu befreien sind. Nicht befreit sind ferner die Schüler des vierten Schuljahres, die in den beiden Hauptfächern mittlere oder geringe Noten (ziemlich gut oder hinlänglich) aufweisen. Sie haben ihre Befähigung zum Besuch einer Höheren Schule zunächst durch die Aufnahmeprüfung nachzuweisen. Nicht befreit sind endlich alle Schüler, die eine Privatschule besucht oder nur Privatunterricht erhalten haben. Entschließen sich Eltern später erst ihr Kind in eine Höhere Schule zu schicken, so ist sinngemäß nicht das Zeugnis des vierten, sondern des zuletzt besuchten Schuljahres zugrundezulegen; denn es soll nicht vornehmlich festgestellt werden, wie groß die Summe der vorhandenen Kenntnisse und Fertigkeiten ist, sondern in welchem Grade der geistige Stand des Schülers eine unterrichtliche Leistung in der Höheren Schule erwarten läßt.
3. Die Aufnahmeprüfung erstreckt sich auf Lesen, Schreiben, Sprachlehre und Rechnen. Es wird verlangt:
  1. Im Lesen: Geläufiges Lesen der deutschen und lateinischen Schreib- und Druckschrift unter Beachtung des natürlichen Wort- und Satztons. Mündliche Wiedergabe des Gelesenen.
  2. Im Schreiben: Rechtschreiben diktierter deutscher Sätze in deutscher und lateinischer Schrift.
  3. In der Sprachlehre: Abänderung des Hauptwortes, Abwandlung des Zeitwortes in den Hauptzeiten der tätigen Form. Der einfache Satz.
  4. Im Rechnen: Zahlentriebe bis zu einer Million; die vier Rechnungsarten mit unbenannten und einfach benannten Zahlen schriftlich innerhalb des angegebenen Zahlentriebe, mündlich innerhalb des Zahlentriebe bis tausend.
 Die Anforderungen richten sich nach dem Unterrichtsplan für das vierte Schuljahr der Volksschule.
4. Der Prüfungsausschüß ist drei- oder viergliedrig. Er besteht aus dem Direktor der Höheren Schule oder dessen Stellvertreter, einem Lehrer der Höheren Lehranstalt und einem Lehrer der Volksschule. Den Lehrer der Höheren Schule ernennt der Direktor, den der Volksschule der Vorstand des zuständigen Kreis- oder Stadtschulamts. Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden vom Prüfungsausschüß gestellt, der auch entscheidet, ob ein Schüler in der Prüfung „bestanden“ oder „nicht bestanden“ ist.
5. Aufnahme in besonderen Einzelfällen. Durch das Reichsgesetz vom 18. April 1925, betreffend den Lehrgang der Grundschule, werden zwischen den Ländern Richtlinien vereinbart, in welchen Einzelfällen die im Grundschulgesetz vom 28. April 1920 festgesetzte Grundschulspflicht von vier Jahren auf drei Jahre herabgesetzt werden darf.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 19. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags



**Zweck und Ziel des Gesetzes** ist, zu verhindern, daß besonders leistungsfähige Schüler durch die vierjährige Grundschulzeit in ihren geistigen Fortschritten gehemmt werden. Danach ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob die vorzeitige Aufnahme gerechtfertigt ist. Die Aufnahme darf nicht durch besondere Schuleinrichtungen gefördert werden. Unter besonders leistungsfähigen Kindern sind solche Schüler und Schülerinnen zu verstehen, deren geistige und körperliche Veranlagung und deren Schulleistungen bestimmt erwarten lassen, daß sie ohne Überanstrengung ihrer Kräfte im Unterricht der nächsthöheren Alters- und Klassenstufe auf die Dauer mit guten Schülern, die den ordentlichen Bildungsgang durchlaufen haben, Schritt halten können. Die besondere Leistungsfähigkeit wird festgestellt a) auf Grund der Klassenzeugnisse, b) eines Gutachtens des Grundschullehrers, c) des Gutachtens eines Schul- oder Amtsarztes über die körperliche Eignung und Leistungsfähigkeit, d) der Aufnahmeprüfung.

Als **Klassenzeugnisse** werden in der Regel die aus dem letzten Schuljahr zu gelten haben. Besondere Leistungen liegen vor, wenn die Noten in den Hauptfächern Deutsch und Rechnen „sehr gut“ oder wenigstens in einem dieser beiden Fächer „sehr gut“ und in den übrigen Fächern „gut“ sind. Das Gutachten des Grundschullehrers hat sich im Sinne der Erklärung, was unter besonders leistungsfähigen Schülern zu verstehen ist, auszupprechen. Vom ärztlichen Gutachten kann Abstand genommen werden, wenn die im schulärztlichen Personalbogen enthaltenen Angaben über die gesundheitliche Entwicklung des Kindes dies rechtfertigt.

**Anträge auf vorzeitige Zulassung** sind spätestens bis zum Ende der 7. Woche vor Ostern (also 6 Wochen vor Schuljahresbeginn) durch die Schulleiter beim Kreis- oder Stadtschulamt zu stellen, die sie der zuständigen Direktion der höheren Schule zur Stellungnahme mitteilen und sodann vorbescheiden. Bei der Prüfung zur Vorbescheidung sind lediglich die vorgeschriebenen Belege beizubringen; eine Prüfung der Kenntnisse des Schülers selbst durch die Schulaufsichtsbehörde ist nicht vorgesehen. Gegen die Entscheidung des Kreis- oder Stadtschulamts steht der Direktion der höheren Schule und dem Erziehungsberechtigten die Beschwerde an das Unterrichtsministerium zu. **Ernst Hofmann.**

### Das Reichsbanner und der Bürgerkrieg

Eine Kundgebung für „Friede, Republik und Demokratie“ veranstaltete im Festsaal der „Liederhalle“ in Stuttgart der Reichsverband der Kriegsteilnehmer, Kriegsteilnehmer und Kriegserkrankten, Gau Württemberg, zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Der Bundespräsident des Reichsbanners, Hering (Magdeburg), gab eine Erklärung ab, in der er u. a. sagte: Das Reichsbanner wünscht den Bürgerkrieg nicht, sondern lehnt ihn mit aller Deutlichkeit ab. Wir stehen zwar gerüstet, aber wir sind defensiv. Auch am 22. Februar werden wir den Bürgerkrieg nicht entfesseln. Wir werden unsere Marschbereitschaft feststellen, um verschiedenen Reuten den Abdruck, der auf ihnen lastet, zu nehmen. Mehr wird nicht passieren. Wenn aber die Nationalsozialisten oder die Kommunisten den Bürgerkrieg entfesseln sollten, dann sei ihnen gesagt: Wir werden ihnen entgegenzutreten, nicht mit einem Rosen- oder Mythenstrauch, sondern mit der Waffe in der Hand, und wir werden sie schlagen. Wenn das Interesse der deutschen Republik es nötig macht, dann werden wir sie respektlos und erbarmungslos vernichten. Die Versammlung verlief ohne Störung.

### Der Leipziger Waffendiebstahlprozess

Der 4. Verhandlungstag stand im Zeichen der Vernehmung der Angeklagten **Bring und Hoffmann**, die nach der Anklage eine führende Rolle bei dem Waffendiebstahl gespielt haben sollen. Bring befindet immer wieder, daß bis zuletzt Unklarheit über das Unternehmen bestanden habe, so daß ein einheitlicher, wohlwogener Plan gar nicht vorgelegen haben könnte. Es sei nur immer von Waffen die Rede gewesen, die sich unter Duldung der Reichswehr im Besitz rechtsstehender Kampforganisationen befunden hätten. Wenn sie, die Angeklagten, diese Waffen fortgenommen haben, so habe ihnen jede **Hochverratsabsicht ferngelegen**. Der Angeklagte betonte, daß die Waffe im entscheidenden Augenblick für die KPD der politische Generalstreik sei. Im übrigen würden der KPD dauernd große Waffennengen angeboten, so daß sie es nicht nötig hätte, „einige Maschinengewehre bei der Reichswehr zu maulen“.

Der Angeklagte **Hoffmann**, in seinem Kreise „General Hoffmann“ genannt, ergreift die Gelegenheit, um eine sorgfältig vorbereitete politische Programmrede zu halten. Er betont, daß der Auftrag zum Waffendiebstahl schon aus dem Grunde nicht von der Partei erteilt worden sein könnte, weil sämtliche Angeklagte sich gegenüber den Richtlinien der Partei in Opposition befunden hätten und nicht das Vertrauen der Partei für eine so wichtige Aufgabe besessen hätten.

**Die amerikanische Veteranenhilfe.** Der amerikanische Senat nahm die Gesetzesvorlage an, die eine 50prozentige Beteiligung der Lebensversicherungspolice der Teilnehmer am Weltkrieg zuläßt. Präsident Hoover muß das Gesetz binnen 10 Tagen unterzeichnen oder ablehnen.

**Berufung eines Freiburger Professors nach Wien.** Der österreichische Bundespräsident hat den ordentlichen Professor an der Universität Freiburg, Dr. Hugo Fassinger, zum ordentlichen Professor der Geographie an der Universität Wien ernannt.

**Walter-Rathenau-Preis.** Die Walter-Rathenau-Gesellschaft gibt die Verteilung des Preises für 1930 bekannt. Die neugeschaffene Medaille hat Ministerialdirektor Gaus im Auswärtigen Amt erhalten. Der Geldpreis (3000 Reichsmark) wird geteilt zwischen Prof. Dr. Kurt Singer in Hamburg und dem Schauspieler Friedrich Kayfeler. Die Verteilung entspricht der Einteilung der Gesellschaft in eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Sektion.

**Aufführung der Neufassung einer Rossini-Oper.** Der Intendant des Freiburger Stadttheaters ist es gelungen, die neue Bearbeitung der Rossini'schen Oper „Die Italienerin in Algier“ durch Professor Hugo Höhr zu erwerben. Das Werk wird im März unter Generalmusikdirektor Hugo Volzer im Freiburger Stadttheater zur Aufführung gelangen.

## Aus dem Reichstag

### Verkehrsministerium und Schenkervertrag

Im Reichstag kam am Donnerstag der Haushalt des Verkehrsministeriums zur zweiten Beratung. Noch immer fehlen die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten. Reichsverkehrsminister von Guérard ging, wie schon vorher im Ausschuss, auf die einzelnen Gebiete seines großen Aufgabengebietes ein und der Redner war beim Wasserstraßenbau, beim Luftverkehr und bei den vielen anderen Zweigen der Verkehrsverwaltung, daß leider die schlechte Finanzlage des Reiches die Durchführung nützlicher und notwendiger Projekte unmöglich mache und auf diese Weise auch die dringend wünschenswerte Milderung der Arbeitslosigkeit verhindere. Der **Schenkervertrag** bildete den Mittelpunkt der Diskussion. Dieser Vertrag, von dem das Speditionsgewerbe die Vernichtung seiner Selbständigkeit und die Monopolisierung des Frachtwereks erwartet, fand im ganzen Hause scharfen Widerpruch. Reichsverkehrsminister von Guérard mußte feststellen, daß er von dem Abschluß zwischen der Bahn und diesem Unternehmen überrascht worden sei. Der Minister erklärte, er habe trotz eingehenden Studiums des Vertrages nicht zu einem abschließenden klaren Urteil kommen können. Der Minister beschäftigte sich weiter mit dem Luftverkehrsweisen. Das Reich werde die internationale Luftverbindungen fördern, um zu zeigen, daß es sich hier um ein Unternehmen handelt, das die Völker verbindet und nicht trennt. Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung, die wiederum um 3 Uhr beginnt, steht auch die Schlußabstimmung über die Preßgesetznovelle.

Nach dem vom Ältestenrat aufgestellten **Arbeitsplan** soll in der nächsten Woche die zweite Beratung des Haushaltes des Ernährungsministeriums in Verbindung mit der Osthilfe und des Haushaltes des Reichsinnenministeriums erfolgen.

Der Ältestenrat beschäftigte sich weiter mit den jüngst eingegangenen **nationalsozialistischen Anträgen**, namentlich dem Antrag, die durch Mittelnahme der Opposition an den Reichstagsitzungen erparten Diäten den langfristig Erwerbslosen zugutekommen zu lassen. Auf Antrag des Präsidenten Böbe beschloß der Ältestenrat, diese Anträge in Druck zu geben. Auf die Tagesordnung des Reichstages können sie allerdings erst gesetzt werden, wenn die Unterzeichner es in der Rollfassung beantragen und wenn es von der Mehrheit des Hauses beschlossen wird.

Schließlich wurde man sich im Ältestenrat darüber einig, daß auch dieser Reichstag wieder einen **Untersuchungsausschuss** für die Kriegsverbrechen einsetze soll.

Im **Rechtsausschuss** des Reichstages wurde zunächst der Gesetzentwurf über den **Auslieferungsvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und der türkischen Republik angenommen. Weiter wurde die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der **südafrikanischen Union** über die gegenseitige Anerkennung der Priorität von Erfindungspatenten und gewerblichen Mustern vom Ausschuss angenommen. Dasselbe geschah mit dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Guatemala über den gegenseitigen Schutz von Erfindungspatenten und Gebrauchsmustern. Auch das deutsch-schweizerische Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung der Sicherheitsorgane wurde vom Ausschuss angenommen.

Die **nationalsozialistische Reichstagsfraktion** hat einen Antrag eingebracht, wonach die Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Reichstages einschließlich der Gesamtbezüge des Reichstagspräsidenten um die Hälfte gekürzt werden sollen, wenn eine Tagungspause eintritt, die den Zeitraum von einem Monat und darüber hinaus umfaßt. Die dadurch in der Reichstagsperiode ersparbaren Beträge sollen den ausgesetzten Erwerbslosen, Kleinrentnern und Sozialrentnern überwiesen werden, die sich infolge Krankheit oder sonstiger erschwerter Lebens- und Familienverhältnisse in besonders drückender Notlage befinden.

Ferner haben im Reichstag die **Nationalsozialisten** neuerdings beantragt, fünf gegen Dr. Göbbels schwebende **Strafverfahren** aufzuheben. Es handelt sich um einen Fall von Verleumdung, zwei Fälle von Verleumdung durch die Presse, einen Fall von Aufregung zu Gewalttätigkeiten durch die Presse und einen Fall von Beschimpfung der Reichsfarben.

### Wichtige Beschlüsse des Kabinetts

Im Verlaufe der Beratungen des Reichskabinetts wurde eine **Einigung** erzielt hinsichtlich der Verlängerung der Ermächtigung über die Getreidezölle und der Verlängerung der gegenwärtigen Regelung des Einfuhrzollsystems. Außerdem wurde grundsätzliches Einverständnis über die Einführung von variablen Zöllen für Schweine und für Hülsenfrüchte erzielt. Das Kabinett hat auch die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Italien Verhandlungen aufgenommen werden müssen über die Neuregelung der Einfuhr von Obst und Gemüse. Damit hat Italien sich dem Standpunkt angeschlossen, den sein Handelspolitischer Ausschuss bereits vor einiger Zeit einnahm. Es sind nur noch die recht streitigen Fragen der Butter- und anderer Milchprodukte vorhanden, ferner das Holzproblem.

### Die Wahlreformvorlage der Reichsregierung

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Vollziehung am Donnerstag mit der Wahlreformvorlage der Reichsregierung, in der u. a. bestimmt ist, daß auf je 70 000 Wähler ein Abgeordneter entfallen soll, während die Ziffer nach dem geltenden Recht 60 000 beträgt. Auf preussischen Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 29 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Ziffer auf 75 000 erhöht. Dagegen stimmten die Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Westfalen und die Länder Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Bremen und Lübeck; die Provinzen Sachsen, Ostpreußen und Rheinprovinz enthielten sich. Darauf wurde die Vorlage im ganzen mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Die opponierenden Stimmen gaben Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen ab. Die Vorlage enthält außer der Erhöhung des Wahlquotienten folgende Neuerungen: 1. **Widerrückung der langen Listen.** Die Stimmzettel können nur bis drei Bewerber enthalten. 2. **Verkleinerung der Wahlkreise** (162 gegen bisher 35). 3. **Befreiung der Reichslisten.** 4. **Widerrückung des amtlichen Stimmzettels.** 5. **Vereinfachung des Wahlverfahrens.**

**Verbotene Kommunistendemonstration.** Die Kommunisten beabsichtigten, am Sonntag im Lustgarten, also an der gleichen Stelle, wo die **Reichsbannerkundgebung** stattfindet, eine Demonstration gegen die Regierung Brüning zu veranstalten, und hatten außerdem für Sonntag „Noten Alarm“ angekündigt. Wie von zuständiger Stelle bekannt wird, dürfte auch diese Demonstration der Kommunisten, ebenso wie dies mit der nationalsozialistischen Kundgebung im Lustgarten geschehen ist, **verboten** werden.

## Aus den Ländern

### Frühe Zukunftsaussichten für die württembergischen Finanzen

Der **Württembergische Landtag** begann am Donnerstag die Beratung des Staatshaushaltes für die Rechnungsjahre 1931/32. Die Beratung wurde durch eine große Rede des Finanzministers Dr. **Dehlinger** eingeleitet, der darauf hinwies, daß im Rechnungsjahre 1929 wie in den fünf vorangegangenen Jahren 1924/28 der **Fehlbetrag** abgedeckt und noch Restmittel erspart werden konnten. Das Rechnungsjahr 1930 wird mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, zu dessen Deckung die letzten Restmittel herangezogen werden müssen. Gewaltige Schwierigkeiten waren für die Rechnungsjahre 1931/32 zu überwinden. Sie gehen auf das Anwachsen von Ausgaben, auf den Rückgang von Einnahmen infolge der Wirtschaftskrise und auf die Eingriffe des Reiches zurück. Nur durch **gewaltige Anstrengungen** konnten beide Staatshaushaltspläne ausgeglichen werden. Die drohende Auswirkung der deutschen Not wird für Württemberg noch verschärft durch eine Reihe besonderer Opfer, die die Maßnahmen des Reiches von Württemberg verlangen: Aus der **Arbeitslosenversicherung** muß Württemberg bisher monatlich zwei Millionen Reichsmark zugunsten anderer Reichsteile abliefern. Württemberg könnte mit 3,5 Proz. auskommen, während durch seine Verletzung mit dem Reich 6,5 Proz. zu zahlen sind. Ähnlich ist es bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg, die in den Jahren 1929/30 durchschnittlich 10 Mill. für andere Anstalten abzuliefern hatte. Besonders benachteiligt ist Württemberg auch bei der Vergebung von **Reichsanträgen**. Vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 hat Württemberg nur 1,2 Proz. der gesamten Vergebung erhalten, während der schlüsselmäßige Soll-Anteil 4,5 Proz. beträgt. Zu all diesen, der württembergischen Wirtschaft besonders auferlegten Opfern hat Württemberg noch ein außerordentliches freiwilliges Opfer auf sich genommen, indem es der **Reichsbahn** rund 45 Mill. Reichsmark niederwertigliche Darlehen zu Bahnbauten gegeben hat. Die Zukunft der Staatswirtschaft in Württemberg, schloß der Minister, liegt außerordentlich düster vor uns. Solange wir mit den Kriegskrediten aus dem Youngplan belastet sind, ist an eine Besserung nicht zu denken.

### Der Deutsche Industrie- und Handelsstag zum Schenkervertrag

Der **Verkehrsausschuss** des Deutschen Industrie- und Handelsstages hat sich in längeren Beratungen mit dem Schenkervertrag der Reichsbahn befaßt. In einer von dem Ausschuss angenommenen Entschließung zu dieser Frage wird darauf verwiesen, daß der Verkehrsausschuss bereits im November 1930 eine **Rationalisierung des Eisenbahnbetriebs** als dringend geboten bezeichnet und Untersuchungen über die Neugestaltung eingeleitet habe. Der Vertrag, den die Reichsbahn, ohne das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, mit der Firma Schenker & Co. abgeschlossen habe, verpreche zwar eine Reihe von **Verbesserungen**, die von der gesamten Wirtschaft zu begrüßen seien, gebe auf der anderen Seite in ausschlaggebenden Bestimmungen Anlaß zu sehr schweren Bedenken. Als solche werden genannt Gefahr der **Auffaugung des Verkehrs** der übrigen Speditoren, Preisgabe wichtiger Geschäftsgeheimnisse und ungenügender Kundenanschluß, Ausschaltung des gesunden Wettbewerbs und schließlich Vernichtung langer und bewährter Geschäftsbeziehungen zwischen Versachtern und Speditoren, insbesondere soweit die Speditoren als unabhängige und zuverlässige Berater der Versachter in Frage kommen. Zum Schluß fordert die Entschließung, daß die notwendigen Änderungen in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Speditionsgewerbes vorgenommen werden.

**Das italienische Militärbudget.** Der der italienischen Kammer nunmehr zugegangene Voranschlag für das Militärbudget 1931/32 sieht eine Gesamtausgabe von 2880,5 Millionen Lire vor und übertrifft damit das laufende Militärbudget um rund 112 Millionen Reichsmark. Als bemerkenswert wird der Rückgang der Personalausgaben angesehen, der sich nach den erfolgten Lohn- und Gehaltskürzungsmaßnahmen auf rund 138 Millionen Lire beläuft, während die außerordentlichen Ausgaben eine Erhöhung von 310 Millionen Lire für Mobilisierungszwecke und die Instandhaltung von Bauarbeiten und Verteidigungsanlagen vorsehen.

### Kleine Chronik

Im Hause Salzhurgerstraße 5 in Berlin wohnt bei seinen Eltern der uneheliche Sohn, 38 Jahre alte Johannes Lauffin, in der ganzen Gegend als **Sonderling** bekannt. Man weiß, daß er sich gerne mit militärischen Dingen befaßt. Er ist im Weltkrieg verheiratet worden. Seit Jahren beschäftigt er sich mit der **Verfertigung kleiner Kanonen**, die er ab und zu ausprobiert. Viel Freunde hat Lauffin unter den Anwohnern der Gegend. Heute nachmittags ertönten plötzlich mehrere laute Schüsse. Lauffin hatte mit seinem Kanonchen aus dem Erkerfenster geschossen. Dann trat er auf den Balkon hinaus, setzte sich einen Stahlhelm auf und rief Kommandos auf die Straße hinunter. Schließlich richtete er seine Kanone gegen die Straße und feuerte mehrmals. Insgesamt will man etwa 30 Schüsse gezählt haben. Steinplitzer rieselten auf die Straße, sonstiger Schaden wurde nicht angerichtet. Das Überfallkommando nahm den Mann in Gewahrsam. Nach seiner Verhaftung hat er ein neues Gesicht und eine Pulverart erstanden, die er gerne ins Ausland verkaufen möchte. Er hat seine Konstruktion auch einmal bei der Reichswehr vorgeführt, sie wurde aber als nicht verwendbar zurückgewiesen. Lauffin wird von der Polizei dem Kreisarzt zur Untersuchung seines Geisteszustandes vorgeführt werden.

Ein **verwegener Raubüberfall** wurde in der Nacht zum Freitag auf den **Untergrundbahnhof** Dörfel-Toms-Hütte in Berlin ausgeführt. Eine Bande von sieben Räubern besetzte den Bahnhof und hielt das anwesende Personal mit Revolvern in Schach. Ohne daß jemand in der Lage gewesen wäre, Widerstand zu leisten, raubte die Bande die Kassen aus und flüchtete mit der Beute in den Grunewald, in dem sie entkam. Nach vorläufiger Schätzung sind den Tätern etwa 150 Reichsmark in die Hände gefallen. Jeder der Räuber war bewaffnet und bis auf einen, der außerhalb des Bahnhofes Posten stand, trugen alle schwere Masken.

Der 84 Jahre alte **Haushofmeister** des Prinzen Friedrich Leopold, Konrad Menzel, ist in seinem Zimmer in Schloß Glienicke aus Gram über die Auflösung des alten Fürstentums gestorben. Der seit 56 Jahren im Dienste der prinzipal Familie stehende Mann hatte schon vor Wochen geäußert, daß er die Auktion der Möbel und Wertgegenstände nicht überleben würde. In den letzten Tagen hatte ihn eine Grippe auf das Krankenlager geworfen. Die Aufregung über die vielen fremden Menschen, die sich in den letzten Tagen in dem Schloß einfanden, und über den Abtransport von Wertgegenständen gab dem alten Mann den Todesstoß.



# Badischer Teil

## Aus dem Badischen Landtag

### Modernisierung des Notverordnungsrechtes der Verwaltung und des Exekutivverfügungsrechtes

Der Rechtsplegenausschuss des Badischen Landtags führte in einer Sitzung am Donnerstag die Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeistrafgesetzbuches zu Ende. Diese rasche Erledigung konnte dadurch herbeigeführt werden, daß zwischen der letzten und dieser Sitzung die Juristen verschiedener Fraktionen-Fühlung mit dem Ministerium und Praktikern des Polizeirechtes genommen hatten. Diese Vorarbeiten gingen bei allen Parteien von dem Gedanken aus, daß eine Präzisierung der Bestimmungen der §§ 29 und 30 des Polizeistrafgesetzbuches erwünscht sei. An sich bietet der Artikel 48 der Reichsverfassung die Grundlage zu Notverordnungen auch der Landesregierungen. Es wurde aber übereinstimmend festgestellt, daß dieser Artikel, der etwa den früheren Belagerungszustand ersetzen soll, in seiner Wirksamkeit angegriffen werden würde, wenn er allzuoft und auf alle Fälle angewendet würde, die weniger bedeutsam sind. Für solche Fälle soll vielmehr das Polizeistrafgesetzbuch der Polizeibehörde die Möglichkeit geben, für die Sicherung der Personen und des Eigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Man einigte sich dahin, dem § 29 folgende Fassung zu geben: „Für den Fall von Vorkommnissen, welche die Sicherheit der Personen und des Eigentums oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen, bleibt den staatlichen Verwaltungsbehörden vorbehalten, vorübergehend Anordnungen unter Strafandrohung oder auch ohne Strafandrohung zu treffen. Solche Anordnungen verlieren nach Ablauf von vier Wochen ihre Wirksamkeit, sofern sie nicht durch das Ministerium des Innern ergangen sind oder bei fortwährendem Grund zu der Anordnung durch das Ministerium des Innern verlängert werden.“

Der § 30 Absatz 2 erhält den Zusatz, daß Anordnungen auf Grund dieser Bestimmung auch als allgemeine Anordnungen für einen Einzelfall erfolgen können. Das letztere war in der Rechtsprechung bisher bestritten. Damit ist das Notverordnungsrecht der Verwaltung in § 29 und das Exekutivverfügungsrecht in § 30 modernisiert.

Nachdem festgestellt worden war, daß auch eine sogenannte unbewehrte Notverordnung (ohne Strafandrohung) der verwaltungsgerichtlichen Nachprüfung unterliegt, wurde der Neuschaffung dieser Einrichtung zugestimmt.

Die Regierung hatte in ihrem Entwurf die Einfügung eines neuen § 21 vorgeschlagen, der den Polizeibehörden das Recht geben sollte, die nach ihrem Ermessen notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffen. Die Regierung verzichtete jedoch auf diesen Paragraphen, nachdem der Ausschuss sich auf die §§ 29 und 30 geeinigt hatte. Bei der Abstimmung sprach sich lediglich der Vertreter der Wirtschaft- und Bauernpartei gegen die Annahme der beiden Paragraphen aus.

## Ein Saktenbittreiben

### des Erzbischofs Carl

Im neuesten Anzeigenblatt für die Erzdiözese Freiburg ist der diesjährige Hirtenbrief des Erzbischofs Carl enthalten, der in zwei Teilen an den folgenden Sonntagen (22. Februar und 1. März) auf den Kanzeln der katholischen Kirche verlesen wird. Der Hirtenbrief behandelt in seinem ersten Teil die Notwendigkeit der Abkehr von der Sünde, über Neue und Alte, im zweiten spricht Erzbischof Carl über die Rechte und die Wiedergutmachung begangenen Unrechts.

## Stillstand der Arbeitslosenwelle?

Nach den Beobachtungen des Mannheimer Arbeitsamtes hat es den Anschein, als wolle die Arbeitslosenwelle allmählich auch in unserem Industriegebiet zum Stillstand kommen. Am 15. Februar 1931 zählte man rund 39 000 Arbeitsuchende, und zwar 28 865 Männer und 10 121 Frauen. Im Vergleich zum 31. Januar beträgt die Zunahme 420 Arbeitsuchende. Auf die Stadt Mannheim und deren Vororte entfallen 25 550 Personen, davon 22 351 Männer und 6199 Frauen. Arbeitslosenunterstützung beziehen 16 564 Personen, nämlich 11 352 und 5212 Frauen, Arbeitsunterstützung 5531 Männer und 485 Frauen. Die Zahl der Unterstützten überhaupt beträgt 22 580 Personen, davon 16 883 Männer und 5697 Frauen. Dazu kommen 19 542 zuschlagsberechtigte Ehegatten, Kinder usw.

## Forderung der Zurückziehung

### der Suspendierung Ederts

Der Bund religiöser Sozialisten in Mannheim veranstaltete am Donnerstag eine Kundgebung gegen die vorläufige Suspendierung des Pfarrers Edert durch den Oberkirchenrat. Der Vorsitzende des Bundes, Koenig, betonte, bei dem Kampf der religiösen Sozialisten um Edert handele es sich nicht um eine Rettungsaktion für diesen, sondern für die evangelische Kirche, deren geistige Freiheit bedroht sei. Die Versammlung gipfelte in der Forderung an den Oberkirchenrat, die Suspendierung Ederts schleunigst rückgängig zu machen, und zwar noch vor der Durchführung des Disziplinarverfahrens. — Oberbürgermeister Heimerich wohnt der Versammlung bei.

## Fernverkehrsstraße

### Triberg—Billingen—Donauschingen

Von Verwaltungskreisen in Billingen (Schwarzwald) wird der Plan im Sinne von Befestigung von Notstandsarbeiten für die Ausgetriebenen verfolgt, die vielbefahrene Höhenstraße Triberg—Bilingen—Donauschingen als Fernverkehrsstraße mit gleichzeitiger Umfahrung des stark belasteten Kerns der alten Innenstadt von Billingen als Staatsstraße auszubauen. Die Straße soll vor Billingen östlich abbiegen, so daß die Innenstadt mit den engen Stadtdreiecken vermieden wäre, und am Friedhof die Straße nach Donauschingen erreichen. Dadurch kann ein Teil des Fernverkehrs Offenburg—Triberg—Bodensee—Schweiz vom Stadtkern und von der Kreuzung mit der Schwarzwaldbahn abgehängt werden, womit sich auch die Staubplage wieder vermindert. Die Stadtverwaltung Billingen hat bereits Verhandlungen mit den Landesbehörden in Karlsruhe aufgenommen.

## Reduktion der Milchlieferung von der Schweiz

Nach einer Meldung des „Morgener Tagblattes“ aus Bern wird im Bundeshaus bestätigt, daß ab 1. Mai d. J. nur noch 2500 Liter Milch zollfrei nach den deutschen Grenzorten geliefert werden an Stelle der bisherigen 5000 Liter. Das Blatt schreibt, daß auf dem Verhandlungswege versucht werden soll, diese Reduktion zu vermeiden.

Der Gemeinderat von Schopfheim hat die 60 Bewerbungsscheine für den Bürgermeisterposten geprüft und bis jetzt acht Herren in die engere Wahl genommen.

## Alta-Wahlen an der Handelshochschule Mannheim

An der Handelshochschule Mannheim fanden am Donnerstag die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuss statt, bei denen von 580 wahlberechtigten Studierenden 880 abstimmen. Drei Stimmen waren ungültig. Der Deutsche Hochschulklub, der die korporierten Studenten umfaßt und im letzten Semester sechs Sätze innehatte, erhielt diesmal nur drei Sätze. Die republikanische Einheitsliste für freie Hochschularbeit errang einen Sitz, die nationale Einheitsliste für studentische Selbstverwaltung (ehemals freie, nichtkorporierte Studentenschaft) ebenfalls einen, gegen früher drei Sätze. Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studierender errang drei Sätze, der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, der im letzten Alta über zwei Sätze verfügte, diesmal fünf Mandate.

Nachdem kürzlich schon die katholischen Theologiestudenten der Universität Freiburg sich gegen den Beschluß des Freiburger Allgemeinen Studentenausschusses zum Fall Heidelberg ausgesprochen hatten, haben nunmehr auch die linksstehenden katholischen Gruppen eine Entschließung gefaßt, in der sie von dem Alta-Beschluß mit Entschiedenheit abtrüben. Sie stellen fest, daß ihre drei Vertreter im Alta nicht für diesen Beschluß gestimmt haben. Unterzeichnet ist diese Erklärung von der Freien Vereinigung katholischer Studierender, Hochland-Caritas, Hochland Freiburg, Neudeutschland-Alterentbund (Gruppe St. Bernhard), Neudeutschland-Alterentbund (St. Birmin) und Luitborn-Studentengilde.

## Existenzfragen

### des Hotel- und Gastwirtsberufes

In Anwesenheit des Landrats Triffelscher, dem auch der Ehrenvorsitz übertrugen wurde, fand in Baden-Baden eine von der Baden-Badener Hotel- und Gastwirtsvereinnung einberufene Fremdenverkehrsversammlung statt. Bürgermeister Dr. Köhler berichtete über die Besprechungen der Kommission zur Bekämpfung des Straßenlärms. Die Stadt müsse in dieser Frage Hand in Hand mit der Polizei arbeiten, denn für Baden-Baden sei die richtige Mischung von Ruhe und Leben die wichtigste Frage. Sobald die ins Auge gefaßten Maßnahmen (Sperrung verschiedener Straßen) durchgeführt seien, verspreche er sich einen relativen Erfolg. Ausgiebig erörtert wurde in der Versammlung der Punkt Kurdirektion und Kurtag, außerdem die Spielfrage. Man war einmütig in der Forderung auf Wiedereinführung des Spiels. Lebhaft gelangt wurde über die Biersteuererhöhung und die Art der Kongressverteilung. Die Wirtschaftstour hat sich auch im Baden-Badener Carneval sehr fühlbar gemacht. Im Kurhaus wurden beispielsweise beim diesjährigen Großen Maskenball 60 Flaschen Sekt konsumiert, gegen 200 im vergangenen Jahre.

## Aus der badischen Industrie

Ergebnisse Lohnverhandlungen in der badischen Textilindustrie. Nachdem die am 6. Februar zwischen den Vertretern der badischen Textilindustrie und den Gewerkschaften geführten Verhandlungen über einen Lohnabbau in der badischen Textilindustrie ergebnislos verliefen, hat in der Zwischenzeit die Lohnkommission versucht, eine gemeinsame Verständigungsbasis zu finden. Auch diese Verhandlungen führten zu keiner Einigung, so daß die Arbeitgeber nunmehr den Landesgeschäftsführer für Süddeutschland angezogen haben. Die Verhandlungen vor dem Landesgeschäftsführer beginnen am kommenden Dienstag. Dieser wird dann einen Schiedsspruch zu fällen haben.

## Aus der Landeshauptstadt

Verhaftete Bantbetrüger. Die französische Kriminalpolizei hat in Nizza drei Franzosen und die Freundin eines von ihnen verhaftet, die im vorigen Monat mehrere Banken in Wiesbaden, Frankfurt a. M., Koblenz, Wilmshausen, Mannheim, Stuttgart usw. mit Hilfe von gefälschten Akreditiven der Nizzaer Filiale der Barclay-Bank um größere Summen betrogen hatten. Ein weiterer Helfershelfer der Betrüger, der die Akreditive mit einem falschen Namen unterzeichnet hatte, konnte noch nicht gefaßt werden. Man glaubt, daß er nach Spanien geflüchtet ist. Zur Unterstützung der französischen Polizei hatte die Kölner Kriminalpolizei einen Polizeikommissar nach Frankreich entsandt. Die Verhafteten sind in Nizza ins Gefängnis eingeliefert worden.

Badisches Landestheater. Zu den erfolgreichsten Lustspielneheiten dieses Jahres gehört unstreitig Bruno Franks Komödie „Sturm im Wasserglas“, die am Samstag, den 21. Februar, unter der Spielleitung Felix Baumhachs zur Erstaufführung kommt. Die Hauptrollen sind durch die Damen Bertram, Kshoff und Mademacher, sowie durch die Herren Gemmede, Herz, Höder, Moebis, Müller, Prüiter und Schulz vertreten.

Gastspiel Margarete Slezak im Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, findet das Gastspiel von Margarete Slezak mit ihrem Wiener Ensemble in „Nermal Ehe“ seinen Fortgang. Am auch den auswärtigen Besuchern Gelegenheit zu geben, die gefeierte Sängerin, welche sich so rasch zum Liebling des Karlsruher Publikums gemacht hat, zu hören und zu sehen, hat sich die Direktion entschlossen, am kommenden Sonntag, den 22. d. M. einen bunten Nachmittag zu veranstalten unter dem Motto „Von Kopf bis Fuß auf Lachen eingestellt“. Der Beginn dieser Vorstellung ist auf nachmittags 1/4 12 Uhr festgesetzt. Dieses Programm wird eine lustige Reihenfolge von Wiener Szenen und Bildern zeigen unter Mitwirkung des gesamten Ensembles der zur Zeit gastierenden Wiener Operette nebst dem Chat-Noir-Orchester.

Der Pfälzer Waldverein veranstaltet unter Mitwirkung des Musikvereins Harmonie am kommenden Samstag, den 21. Februar, im großen Saal des Kühlen Krug ein Vokalfest. In dem sehr abwechslungsreichen Programm ist u. a. vorgesehen, daß der rühmlichst bekannte Bellemer Heimer als Wittenreder auftreten und nur originelle, neue, eigene Dichtungen vortragen wird.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Die neu im Nordwesten Europas erscheinende Zirkone hat über England bereits weit nach Süden ausgegriffen und verbreiteten Regen mit Ermärnung gebracht. Die ozeanische Luft wird auch bei uns nach vorübergehender Aufheiterung zu Erübung und Niederschlägen führen. Voraussage: Zunehmende Bewölkung, nach Südwest drehende und aufrichtende Winde, milder und Niederschläge, Hochschwarzwald Neuschnee.

Wasserstände: Waldshut 201 unverändert, Basel 15 plus 1, Schutterinsel 70 minus 5, Rehl 244 unverändert, Ragaz 399 minus 51, Mannheim 308 plus 6, Caub über 200 Zentimeter.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Verbot einer nationalsozialistischen Studentenversammlung. Freiburg i. Br., 20. Febr. Die auf Freitagabend von dem nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, Ortsgruppe Freiburg, in der städtischen Festhalle zu Freiburg anberaumte Protestversammlung, in der über die Heidelberger Vorgänge (Professor Gumbel) berichtet werden sollte, wurde von der Polizei aus Gründen polizeilicher Sicherheit verboten.

20. Mannheim, 20. Febr. Der geschäftsführende Vorstand des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung des Krebses hat beschlossen, das in Mannheim aufkommende Erträgnis der Sammlung ausschließlich zum Kauf von Radium für das Stadt-Krankenhaus Mannheim zu verwenden.

20. Mannheim, 20. Febr. Der im Dienste der Reichsbahn stehende bisherige Feuerwehrrührer Karl Wolf wurde an Stelle des verstorbenen ersten Kommandanten Ferdinand Schlimm mit der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr Mannheim betraut. Die Wehr ist zur Zeit in elf Kompanien mit über 600 Mann eingeteilt. Herr Wolf steht im 56. Lebensjahre.

19. Heidelberg, 19. Febr. Der in Heidelberg seit Jahren im Ruhestand lebende General der Kavallerie a. D., Erz. v. Mohner, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 85. Lebensjahr. Erz. v. Mohner wurde in Berlin geboren, machte die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit und wurde, nachdem er 1891 Kommandeur des Leib-Garden-Gusaren-Regiments geworden war, 1892 Flügeladjutant des Kaisers. Im Mai 1901 wurde er Kommandeur der 30. Division in Straßburg und am 1. April 1903 Gouverneur der Festung Straßburg, 1904 zum General der Kavallerie befördert, wurde er im März 1907 à la suite des Leib-Garden-Gusaren-Regts. gestellt und im Januar 1910 mit der geistlichen Pension und der Befreiung à la suite des genannten Regiments zur Disposition gestellt. Im Weltkrieg übernahm er als kommandierender General die stellvertretende Generalkommandantur des 21. Armeekorps in Saarbrücken. Im Januar 1918 trat er von diesem Posten unter Verleihung des schwarzen Adlerordens zurück.

19. Ladenburg (bei Schwebsingen), 20. Febr. Im Alter von 85 Jahren starb hier einer der ältesten Ladenburger Gastwirte, Franz Müller I. Mit ihm starb der letzte badische Scharfrichter, ein Amt, das sich seit Generationen in der Familie vererbte.

19. Pforzheim, 19. Febr. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand der 20 Jahre alte, ledige Händler Eugen Sippel aus Gamburg, ein mehrfach vorbestrafter, übel beleumundeter Mensch. Er hat in der Zeit vom Februar 1929 bis Oktober 1930 eine große Reihe von Landwirten und Viehhältern durch falsche Angaben über seine Wirtschaftslage bestimmt, ihm große Mengen Futtermittel und Vieh zu liefern. Auf die Bezahlung warteten die Geprüllten vergebens. Auch eine Beschleissung ließ sich der Angeklagte zu Schulden kommen. Das Urteil lautete unter Einschluss einer noch zu verbüßenden 10monatigen Gefängnisstrafe (die in Tübingen gegen ihn erkannt worden war) auf 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.

20. Offenburg, 20. Febr. Bei der Städtischen Sparkasse in Offenburg wurden bei zwei Beamten der Giroabteilung Verfehlungen festgestellt, die dadurch möglich waren, daß Kassierer und Kontrolleur der Giroabteilung Hand in Hand arbeiteten. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet. Die schuldigen Beamten wurden fristlos entlassen und dem Untersuchungsrichter übergeben. Die Leitung der Sparkasse erklärt, daß die Interessen der Kundschaft nicht gefährdet seien. Der Schaden soll mehrere Tausend Reichsmark betragen.

20. Badisch-Rheinfelden, 19. Febr. In den letzten Tagen konnte man über dem Rheintal auf schweizerischem Gebiet ein Geschwader schweizerischer Kampfflugzeuge beobachten. Es handelt sich um neue Kampfflugzeuge, die bei diesen Flügen erprobt werden sollen.

19. Burgberg (bei Billingen), 19. Febr. Weitern brach in der am Glasbach gelegenen Elmühle der Witwe Gellig Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Anwesen in Asche legte. Der Sachschaden beträgt 8000 M., der Gebäudeschaden 2500 M. Die Mühle lag seit mehreren Jahren still, während eine eingebaute Werkstattdagegen in Betrieb war. In dieser ist der Brand, wahrscheinlich infolge Überhitzung des Ofens, ausgebrochen. Die Brandgeschädigten erleiden erheblichen Schaden, da sie nur niedrig versichert war.

19. Bingen (bei Lörz), 19. Febr. Der letzte Veteran des Ortes von 1870/71, Werkmeister Jakob Friedrich Frieder, wurde hier zu Grabe getragen. Er erreichte ein Alter von 80 Jahren.

19. Schopfheim, 19. Febr. In Schopfheim wird am kommenden Montag zum erstenmale eine Pelzwarenversteigerung stattfinden, die vom Allgemeinen Deutschen Jagdschützenverein, Bezirk Sickingen, ausgereicht und auf der etwa 250 Füchse, mehrere Edelmarder und Steinmarder, Stiffe und weiße Wiesel feilgeboten werden. Die gesamten Pelzwaren stammen aus dem Feldberg, dem Belchen und dem Kohlquartengebiet. Die Tiere sind von Jagdpächtern und Jagdaufsichtern geschossen worden. Man hofft, daß sowohl aus Leipzig wie auch der Schweiz Käufer kommen werden.

20. Dachingen, Amt Engen, 19. Febr. Aus Anlaß seines 30jährigen Ortsjubiläums wurde Pfarrer Anton Keller zum Ehrenbürger der Gemeinde Dachingen ernannt.

20. Konstanz, 20. Febr. Wie die Pressestelle des Landesverbandes Baden-Württemberg des Stahlhelms mitteilt, findet am 5. und 6. September 1931 am Bodensee ein Süddeutschlandaufmarsch der Frontsoldaten und des Jungstahlhelms statt. Es beteiligen sich daran die badischen, württembergischen und bayerischen Stahlhelmsverbände, voraussichtlich auch Abordnungen aus dem übrigen Reich sowie der Frontkämpfer vom österreichischen Arlberg und Tirol.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	20. Februar		19. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.65	168.99	168.67	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.61	112.40	112.62
Italien . . . 100 L.	21.995	22.035	22.00	22.04
London . . . 1 Pf.	20.417	20.457	20.418	20.450
New York 1 D.	4.2040	4.2120	4.2040	4.2120
Paris . . . 100 Fr.	16.473	16.513	16.47	16.51
Schweiz . . . 100 Fr.	81.035	81.195	81.09	81.25
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.06	59.18
Prag . . . 100 Kr.	12.448	12.468	12.445	12.465

Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 18. Februar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7656 Pence.



**D. Fuchs Waggonfabrik.** Wie das „Heidelberger Tageblatt“ erfährt, ist die D. Fuchs Waggonfabrik AG, Heidelberg in der Lage, im Laufe der nächsten Wochen etwa 100—150 Neueinstellungen vorzunehmen, so daß dann die Gesamtbelegschaft etwa 450 Mann betragen würde. Es handelt sich diesmal um die Durchführung des letzten Reichsbahnauftrages für das erste Halbjahr 1931, aus dem 60-Millionen-Gesamtauftrag für die deutsche Waggonindustrie. Hieron trifft auf das hiesige Werk der Auftrag von 42 vierachsigen Dritterklassewagen. Der Verwaltung ist es übrigens dem gleichen Blatte zufolge gelungen, ausföhrliche Verhandlungen über Privataufträge in Höhe von etwa 110 000 M zu führen, deren Abschluß unmittelbar bevorsteht.

**Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel.** In der Aufsichtsrats-Sitzung wurde die vorgelegte Bilanz genehmigt und beschloffen, der auf den 22. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent vorzuschlagen.

**Die Freiburger Gewerbebank e. G. m. b. H.,** die eine Nebenstelle in Lohndau i. B. unterhält, und der am Jahresende 2882 Genossen angehört, verminderte ihre Umsätze 1930 von 400 Mill. auf 320 Mill. Reichsmark. Sie erzielte einen Nettogewinn von 94 327 Reichsmark, aus dem auf die einbezählten Geschäftsanteile 6 1/2 Proz. ausgeschüttet werden sollen. Die Spareinlagen dieses Instituts belaufen sich auf rund 3,1 Mill. Reichsmark.

### Geschäftliches

**Zur Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung in Berlin am 19. Februar 1931**

Industrierausstellungen werden veranstaltet zur Belebung des Geschäftes, zur Hebung der Kaufkraft. Wenn diese Ausstellungen jedoch in die Zeiten konjunkturellen Tiefes fallen, so gehört zu diesen Veranstaltungen großer Mut. Die gestrige Eröffnung der Berliner Automobil-Ausstellung, die bis 1. März 1931 dauert, beweist, daß dieser Mut vorhanden ist.

Neben der Lösung von Fragen wirtschaftlicher und konstruktiver Art, die den hohen Stand der Automobilindustrie zeigen, werden sich neue Fragen über, beispielsweise, Internationale Vereinheitlichungen der Verkehrsregelung, Zentralisierung des Straßenbaues, Senkung der Benzinpreise, Senkung der Kosten für Versicherungen usw., ergeben, deren Lösung der deutschen Automobilindustrie jenen breiten Markt eröffnen wird, den sie zur vollen Ausnützung ihrer Betriebe braucht.

Im nachfolgenden beginnen wir unsere Wanderung durch die Ausstellung:

Die schon in vielen Vorkchauberichten ausgesprochene Vermutung, daß die Halle 11 (Kaufwagen) diesmal im Zeichen des Dieselmotors für Lastwagen und Omnibusse stehen würde, konnte man auf dem Stand der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG. (M.A.N.) besonders auffällig bestätigt finden. Das Hauptinteresse der zahlreichen Besucher galt dem neuen 100-PS-Dieselmotor. Man weiß, daß die M.A.N. gerade im Dieselmotorenbau über die reichsten Erfahrungen verfügt, denn vor über 34 Jahren ist in ihrem Augsburger Werk der erste Dieselmotor der Welt entstanden. Der neue Motor ist, bevor er auf den Markt kam, vielfachen Dauerfahrten unterworfen worden, und die vielen Urteile aus der Praxis beweisen seinen niedrigen Brennstoffverbrauch und hohes Anzugsvermögen.

Der Motor war in einem ebenfalls neuen 5-Tonnen-Fahrgestell eingebaut. Das Fahrzeug machte schon in seiner äußeren Aufmachung und modernen Linienführung einen bestechenden Eindruck. In technischer Beziehung muß der M.A.N. 5-Tonner als ein bedeutender Fortschritt auf dem Wege zu einfachen und leichten Konstruktionen angesehen werden.

Weiter zeigt die M.A.N. einen 3 1/2-Tonnen-Schnelllastwagen, ein neues Omnibusfahrgestell, das stärkste Dreiachs-Rastwagenfahrgestell für 10—12 Tonnen Tragfähigkeit mit 150 PS-6-Zyl.-Benzolmotor und einen 100 PS Fahrdrahtbus.

Das Omnibusfahrgestell weist ebenfalls eine Reihe von Neuerungen auf; seine Rahmenlage ist tief und sein Gewicht niedrig. 45—50 Fahrgäste können mit diesem Omnibus,

der mit werkseigenen Aufbauten für Stadt- und Überlandverkehr oder für Allwetterfahrzeuge geliefert wird, befördert werden.

**Jum Bau des M.A.N.-Fahrdrahtbusses,** dessen Erscheinen die Fragen wirtschaftlicher Personalförderung in einem ganz anderen Lichte erscheinen läßt, haben sich zwei Weltfirmen, Siemens-Schudert und M.A.N., zusammengetan, um ihre reichen Spezialerfahrungen im Bau von Omnibussen und elektrischen Bahnen in idealer Weise zu ergänzen. Der Fahrdrahtbus ist in enger Anlehnung an den M.A.N.-Dreiachsbus entstanden; der elektrische Antrieb durch 2 Gleichstrommotoren von zusammen 100 PS (600 Volt Spannung) sowie die elektrische Ausrüstung ist von Siemens-Schudert ausgeführt. Der Aufbau wurde in M.A.N.-Stahlbauweise hergestellt; er bietet Platz für 70 Fahrgäste.

## Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt:

Amtsgerichtsrat Friedrich Schuler in Heidelberg zugleich zum Landgerichtsrat dajelbst, Staatsanwalt Wilhelm Treiber in Heidelberg zum Amtsgerichtsrat in Philippsburg, Handelsrichterstellvertreter Kaufmann Fritz Gramann in Konstanz zum Handelsrichter, und Vordirektor Paul Schleiter in Konstanz zum Handelsrichterstellvertreter bei der Kammer für Handelsachen des Landgerichts Konstanz.

Berufen:

Die Amtsgerichtsräte Otto Kraftel in Wiesloch nach Heidelberg, Heinrich Reink in Philippsburg nach Wiesloch, und Staatsanwalt Immo Zupfer in Karlsruhe nach Heidelberg.

# Ruhige Nerven überwinden schwere Zeiten!

## Darum: Immer mit Ruhe und KAFFEE HAG

Das große Paket Kaffee Hag jetzt nur noch RM 1.62, das kleine Paket 81 Pfg.

### Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Untergrombach versteigert am Freitag, den 27. Februar 1931, vormittags 10 Uhr, im Bergwald beginnend und anschließend im Unterwald mit Borgriff gegen Bürgschaft bis 1. August 1931

7 Buche II.—IV. Klasse  
43 Eiche I.—V. „  
7 Eiche III.—V. „  
5 Erle III.—V. „  
2 Fichte II. Klasse  
1 Pappel III. „  
1 Nirsich IV. „

Zusammenkunft beim Rathaus.  
Untergrombach, 19. II. 1931.  
Der Gemeinderat:  
Böller, Bürgermeister.



### Badisches Landestheater

Samstag, 21. Februar 1931  
\* A 16 Th.-Gem. 1. G. Gr.

Zum erstenmal:  
**Sturm im Wasserglas**

Komödie von Bruno Franf  
Regie: Baumbach

Mitwirkende:  
Bertram, Nyhoff, Mademacher, Seiling, Gemmecke, Graf, Herz, Höder, Hopf, Kloebe, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, H. Sten-scherf

Anfang 20 Ende 22  
Preise A (0,70—5,00 RM)

So. 22. 2. Nachm.: Meine Schwester und ich. Abds.: Die verkaufte Braut. Im Konzerthaus: Wie werde ich reich und glücklich?

## Wurstwaren-Preisabschlag!

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

<b>Fleischwurst</b> abgeg. <b>30</b>	<b>Zungenwurst</b> <b>45</b>
<b>Preßkopf</b> <b>37</b>	<b>Thüringer Blutwurst</b> <b>42</b>
<b>Schinkenwurst</b> <b>38</b>	<b>Speckwurst Schweinsdarm</b> <b>30</b>
<b>Hausmacher Leberwurst</b> <b>35</b>	<b>Frankfurter Blutwurst</b> <b>22</b>
<b>Hildesheimer Leberwurst</b> <b>35</b>	<b>Hackbraten</b> <b>45</b>

**Spezialität: feinstes gekochtes Schinken**  
prima bayerische Ware, 1/4 Pfund RM. **44**

<b>Mettwurst</b> prima Qualität <b>40</b>	<b>Salami</b> 1. Qualität <b>55</b>
<b>Bierwurst</b> prima Qualität <b>45</b>	<b>Göttinger</b> 1. Qualität <b>55</b>

**Prima Dürrfleisch**  
(mager und Knochenlos) 1/4 Pfund RM. **35**

Warenabgabe nur an Mitglieder

# Lebensbedürfnisverein

### Amthliche Gewinnliste der Eisenacher Geldlotterie

Ziehung 5. und 6. Februar 1931.  
Auf die in Baden zugelassenen Lose entfielen folgende Gewinne:

1000 RM: 10 066; 100 RM: 52 930; 50 RM: 69 760;  
20 RM: 69 357; 10 RM: 10 014, 10 238, 10 823, 35 141,  
35 234, 36 903, 52 822, 53 165, 53 557, 70 181, 94 576;  
5 RM: 10 064, 11 240, 11 860, 35 180, 35 231, 36 427,  
52 671, 53 472, 53 918, 69 107, 70 137, 93 415, 94 310, 94 642;  
Je 2 RM: 10 002, 15, 53, 132, 147, 165, 212, 342,  
349, 378, 391, 394, 447, 451, 501, 503, 557, 588, 598,  
663, 677, 690, 741, 749, 754, 755, 760, 780, 782, 807,  
835, 866, 11 005, 75, 166, 224, 390, 414, 458, 480, 506,  
543, 580, 618, 642, 655, 661, 685, 740, 756, 784, 816,  
832, 886, 907, 932, 952, 35 046, 78, 93, 137, 149,  
153, 162, 165, 166, 264, 297, 317, 332, 338, 365, 386,  
431, 463, 474, 490, 502, 516, 668, 669, 769, 773, 802,  
819, 859, 909, 916, 929, 984, 36 038, 81, 83, 150, 182,  
235, 273, 389, 397, 414, 437, 443, 444, 447, 449, 460,  
472, 498, 510, 583, 665, 689, 720, 759, 859, 869, 914,  
949, 960, 981, 990, 52 019, 29, 49, 83, 101, 120, 137,  
247, 254, 282, 345, 358, 372, 381, 407, 455, 498, 507,  
542, 575, 670, 765, 793, 842, 859, 873, 920, 934, 940,  
989, 53 014, 41, 48, 101, 241, 251, 270, 301, 308, 311,  
397, 405, 469, 484, 539, 575, 642, 651, 770, 809, 818,  
822, 887, 930, 69 043, 65, 118, 140, 165, 193, 204, 209,  
218, 263, 269, 274, 361, 373, 441, 445, 475, 480, 588,  
597, 635, 651, 701, 738, 770, 800, 895, 910, 960, 984,  
70 040, 109, 151, 211, 278, 285, 421, 424, 463, 498, 499,  
560, 626, 637, 657, 681, 684, 685, 722, 724, 728, 776,  
796, 832, 876, 923, 979, 982, 993, 93 069, 80, 100, 133,  
137, 176, 200, 241, 245, 335, 342, 348, 353, 366, 420,  
530, 620, 635, 683, 700, 734, 749, 830, 883, 942, 961,  
94 010, 50, 55, 70, 128, 162, 197, 214, 335, 377, 480,  
484, 490, 491, 499, 509, 600, 608, 626, 686, 690, 710,  
711, 721, 724, 727, 740, 747, 859, 867, 877, 880, 923, 997.

## DIE BEILAGEN DER KARLSRUHER ZEITUNG BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden  
Badischer Zentralanzeiger für Beamte  
Wissenschaft und Bildung  
Badische Kultur und Geschichte  
Badische Wohlfahrtsblätter  
Amthliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan  
**Insertieren auch Sie**  
Sie werden bestimmt zufrieden sein

**„KÜHLER KRUG“** Samstag, den 21. Febr., abends 8 Uhr

## Großes Bockbier-Fest

Vollständige Harmonie-Kapelle. Leitung: Herr H. Rudolph  
Bütten-Redner: „Bellemmer Heiner“ u. a.  
veranstaltet vom **Pfälzer Waldverein** K. 987  
unter Mitwirkung des Musikvereins „Harmonie“  
Eintritt frei! Programm 20 Rpf. pro Person.  
**Ausschank von ff. Sinner Bock- und hell Exportbier.**

### 2. Krüppelfürsorge-Geldlotterie.

Ziehung 14. Februar 1931 (zuerst festgesetzt auf 8. Dez. 1930).  
In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne.

Je 20 RM Nr. 104 511, 104 854, 145 096. Je 10 RM Nr. 16 089, 10 188, 39 480, 43 203, 66 410, 99 012, 99 896, 104 463. Je 5 RM Nr. 7 343, 7 496, 7 682, 10 475, 10 649, 39 026, 39 288, 39 381, 39 435, 39 651, 43 357, 43 707, 43 859, 66 179, 71 097, 71 124, 71 159, 71 367, 71 439, 71 547, 71 742, 99 136, 99 397, 99 651, 99 656, 99 686, 104 248, 121 056, 121 251, 145 804.

Je 2 RM gewinnen alle Lose (falls nicht schon mit höherem Gewinn gezogen) mit den dreistelligen Endzahlen 056, 058, 078, 099, 207, 211, 250, 280, 285, 350, 380, 425, 443, 446, 492, 598, 614, 617, 652, 707, 717, 736, 778, 815, 833, 864, 865, 904, 967, 981. Ferner 2 RM Nr. 10 161.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Wertheim. R. 301  
Güterrechtsregistereintrag  
Band I Seite 329: Der zwischen Architekt Ludwig Weidmann in Wertheim und seiner Ehefrau Klara geb. Sox am 21. April 1908 errichtete Ehevertrag mit Wertheim, 17. Februar 1931. Bad. Amtsgericht.